



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 121. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. Dezember 2025, 13:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender
Michel Deckmann (CDU)
Peter Lehnert (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Sönke Siebke (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Bina Braun (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Oliver Brandt
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Erhöhung der Pendlerpauschale ist überfällig – Schwarz-Grün darf Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht blockieren Antrag der Fraktionen von FDP, SPD und SSW Drucksache 20/3285 (neu) Erhöhung der Pendlerpauschale zustimmen Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/5719 Erhöhung der Pendlerpauschale zustimmen Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW Umdruck 20/5722 (ersetzt Umdruck 20/5719)	4
2. Gastronomie stärken Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW Drucksache 20/3284 (neu) (überwiesen am 19. Juni 2025 an den Finanzausschuss und den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss) hierzu: Umdrucke 20/5055 , 20/5129 , 20/5134 , 20/5151 , 20/5158 , 20/5159 , 20/5170 , 20/5171 , 20/5179 , 20/5190 , 20/5215	5
Gastronomie stärken und schützen! Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/5714	6
3. Information/Kenntnisnahme	6
4. Verschiedenes	7

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 13:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Nach § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung beschließt der Finanzausschuss einstimmig, Umdruck [20/5694](#) (Northvolt Wandelanleihe) vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Erhöhung der Pendlerpauschale ist überfällig – Schwarz-Grün darf Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht blockieren

Antrag der Fraktionen von FDP, SPD und SSW
Drucksache [20/3285](#) (neu)

Erhöhung der Pendlerpauschale zustimmen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck [20/5719](#)

Erhöhung der Pendlerpauschale zustimmen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW
Umdruck [20/5722](#) (ersetzt Umdruck [20/5719](#))

Die Fraktionen von SPD, FDP und SSW erklären, dem Alternativantrag der Koalition, Umdruck [20/5719](#), als Antragsteller beitreten zu wollen (Umdruck [20/5722](#)). Im Einvernehmen mit den antragstellenden Fraktionen empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag einstimmig, den Ursprungsantrag Drucksache [20/3285](#) (neu) für erledigt zu erklären und den in der Ausschusssitzung vorgelegten interfraktionellen Alternativantrag Umdruck [20/5722](#) zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

2. Gastronomie stärken

Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW
Drucksache [20/3284](#) (neu)

(überwiesen am 19. Juni 2025 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/5055](#), [20/5129](#), [20/5134](#), [20/5151](#), [20/5158](#), [20/5159](#),
[20/5170](#), [20/5171](#), [20/5179](#), [20/5190](#), [20/5215](#)

Gastronomie stärken und schützen!

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck [20/5714](#)

Abgeordneter Plambeck erläutert den Alternativantrag der Koalition.

Abgeordnete Raudies bedauert, dass die Koalition ihren Alternativantrag mit weiter gehenden Zielsetzungen, die sie durchaus teile, so kurzfristig vorgelegt habe, dass er nicht mehr angemessen beraten werden könne.

Finanzministerin Dr. Schneider teilt mit, dass die Landesregierung einen Entschließungsantrag zur Einführung einer gesetzlichen Registrierkassenpflicht und rechtlichen Verpflichtung, für Geschäfte des Alltags eine gängige digitale Zahlungsoption anzubieten, in den Bundesrat einbringen wolle.

Im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, FDP und SSW, den Ursprungsantrag Drucksache [20/3284](#) (neu) abzulehnen. Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von SPD, FDP und SSW empfiehlt er, den zur Ausschusssitzung vorgelegten Alternativantrag Umdruck [20/5714](#) zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

3. Information/Kenntnisnahme

Umdrucke [20/5680](#), [20/5681](#), [20/5683](#), [20/5684](#), [20/5686](#), [20/5689](#) – Haushalt

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Abgeordnete Raudies mahnt die Vorlage der vom Wirtschaftsministerium erbetenen Auflistung der Rechts- und Beratungskosten zum Komplex Northvolt an und der vom Sozialministerium erbetenen Auflistung der Nachforderungen der Kreise für die letzten Jahre bei der Eingliederungshilfe.

4. Verschiedenes

Die nächsten Finanzausschusssitzungen finden am 8. und 15. Januar 2026 statt. Am 22. Januar 2026 tagt der Beteiligungsausschuss zum Thema UKSH.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 13:52 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer